

Auszug aus der Befragung von jungen Menschen für junge Menschen

Was junge Menschen bewegt und was sie
von der Politik fordern

Ergebnisbericht 2025





Zehn Forderungen an die Politik

Auf Grundlage der Befragungsergebnisse 2025 haben die Mitglieder des *VoiceUp!*-Jugendnetzwerks folgende Forderungen an die Politik formuliert:

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Knapp 8 von 10 der jungen Menschen (78 %) brauchen gesellschaftlichen Zusammenhalt, um positiv in die Zukunft zu blicken. Jedoch haben nur 43 % das Gefühl, dass unsere Gesellschaft zusammenhält. In keinem anderen Bereich liegen Bedürfnis und Realität so weit auseinander.

Ein Drittel (33 %) der jungen Menschen hat das Gefühl, gar nicht richtig zur Gesellschaft zu gehören. Besonders ausgeschlossen fühlen sich junge Menschen in finanziell prekären Lebenslagen und junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 26 Jahren. Zudem fühlen sich Männer häufiger gesellschaftlich ausgeschlossen als Frauen.



Wir fordern von der Politik, Verantwortung für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu übernehmen: durch klare Haltung gegen Ausgrenzung, wirksame Unterstützung junger Menschen in prekären Lagen und echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Politikfeldern.

Lokale Begegnungsorte schaffen

6 von 10 jungen Menschen (59 %) haben das Gefühl, dass die politischen Meinungen immer weiter auseinandergehen. Politische Diskussionen werden von knapp der Hälfte (47 %) der Befragten als herausfordernd empfunden.

Viele junge Menschen sprechen sich für mehr Räume und Unterstützung beim politischen Meinungsaustausch aus. Zwei Drittel der Befragten (64 %) stimmen der Aussage ziemlich oder voll und ganz zu, dass

junge Menschen mehr Möglichkeiten brauchen, um offen über politische Themen zu sprechen. Auch die Moderation politischer Gespräche durch geschulte Personen findet breite Zustimmung.



Wir fordern politische Entscheider:innen auf, geschützte und moderierte Räume zum Meinungs-austausch vor Ort zu schaffen – z. B. durch den Erhalt und die Gründung von Jugendclubs sowie anderen lokalen Begegnungsorten. Nur so machen wir Demokratie vor Ort erlebbar und sichern den demokratischen Meinungs-austausch.

Es braucht Räume, in denen wir junge Menschen unsere Haltung ohne Angst äußern, Fehler machen und Positionen überdenken dürfen. So kann es gelingen, eine freie und demokratische Debatte-kultur dauerhaft zu etablieren.

Jede Kommune – städtisch und ländlich – muss dauerhaft Mittel für die Demokratieförderung erhalten und verwenden. Entsprechende nationale Förderprogramme, wie z. B. *Demokratie leben!*, müssen gestärkt werden und dürfen nicht Teil von Kürzungsdebatten werden.

Kultur der Akzeptanz schaffen

Lediglich vier von zehn jungen Menschen (42 %) können ihre politische Meinung frei äußern – unabhängig davon, mit wem sie sprechen. In der Konsequenz halten sich junge Menschen in ihrer Meinungsäußerung zum Teil zurück. Die empfundene Meinungsfreiheit ist

kontextabhängig: Insbesondere im öffentlichen Raum und in den sozialen Medien fühlen sich junge Menschen eingeschränkt, ihre politische Meinung frei zu äußern.

themenabhängig: Insbesondere zum Nahostkonflikt und zur Migrations- und Asylpolitik fühlen sich junge Menschen nicht frei, ihre Meinung zu äußern. Ein Viertel (25 %) der Befragten fühlt sich nicht frei, über ihre parteipolitischen Präferenzen zu sprechen.



Wir fordern eine Kultur der Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen im demokratischen Spektrum. Dafür braucht es drei Dinge:

1. Politikvertreter:innen der demokratischen Parteien müssen diese Akzeptanz vorleben und sichtbar fördern. Dafür gilt es, respektvoll ins Gespräch mit politisch Andersdenkenden zu gehen.
2. Wir fordern, dass geltendes Recht (Persönlichkeits- und Strafrecht) bei der Regulierung von Social-Media-Plattformen durchgesetzt wird, um junge Menschen vor Hass und Hetze im Netz zu schützen.
3. Zudem ist erforderlich, dass junge Menschen in ihrer Medienkompetenz gestärkt werden. Dafür müssen Schulen und Eltern bei der Förderung von Medienkompetenz unterstützt werden.

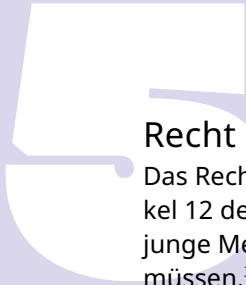
Sicherheit gewährleisten

Knapp ein Viertel (24 %) der Befragten ist bereits eingeschüchtert oder bedroht worden, weil sie ihre politische Meinung geäußert haben. Das betrifft insbesondere junge Menschen, die sich politisch engagieren. Von den jungen Menschen, die sich politisch stark engagieren, hat ein Drittel (33 %) bereits Einschüchterung oder Bedrohung erlebt, bei den jungen Menschen, die sich weniger engagieren, ist es hingegen weniger als ein Fünftel (17 %).



Wir fordern proaktiven und konsequenten Schutz durch Sicherheitsbehörden, damit sich junge Menschen ohne Angst demokratisch engagieren und ihre Meinung äußern können. Sicherheit ist keine Privatsache. Dafür braucht es:

- verbindliche Sicherheitskonzepte (z. B. bei Demonstrationen),
- eine politisch neutrale Polizei, die auf Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung agiert
- sowie die Achtung geltenden Rechts, damit es nicht zu politisch motivierten Einschränkungen der Versammlungsfreiheit kommt.



Recht auf Mitbestimmung durchsetzen

Das Recht auf Beteiligung für Kinder und Jugendliche ist u. a. in Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention verankert und garantiert, dass junge Menschen aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden müssen.³¹ Junge Menschen nehmen ihre Einflussmöglichkeiten auf die Politik jedoch als sehr eingeschränkt wahr. Über die Hälfte (52 %) der Befragten stimmt der Aussage „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss auf die Politik unseres Landes“ zu. Insbesondere Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren, die noch nicht wahlberechtigt sind, haben ein geringes Einflussempfinden – von ihnen geben 62 % an, keinen Einfluss auf die Politik zu haben.



Wir fordern die Einbindung junger Menschen bei politischen Entscheidungen auf allen Ebenen. Konkret heißt das:

- Wir fordern die Beteiligung junger Menschen in Kommissionen zu allen gesellschaftspolitischen Themen, z. B. in der Kommission Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ).
- Wir fordern das Wahlrecht ab 16 Jahren flächendeckend auf Landes- und Bundesebene.
- Wir fordern Entscheidungskraft und Stimmrechte für junge Menschen auf kommunaler Ebene.
- Wir fordern eine Selbstverpflichtung jedes Bundesministeriums, junge Menschen bei den sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen (z. B. durch einen Jugendbeirat).
- Wir fordern aufsuchende Angebote, damit alle jungen Menschen die Möglichkeit zur Beteiligung haben.
- Wir fordern Wertschätzung und eine Honorierung (z. B. eine finanzielle Aufwandsentschädigung sowie die Übernahme von Reisekosten) des Engagements junger Menschen.

³¹ United Nations (1989)

Politik verständlich machen

Jeder zweite junge Mensch empfindet die Politik als kompliziert. 51 % der Befragten stimmen der Aussage „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass man gar nicht versteht, was da vorgeht“ eher bzw. voll und ganz zu. Die Mehrheit der jungen Menschen kann wichtige politische Fragen zumindest teilweise gut verstehen und einschätzen. Dennoch fühlt sich bei politischen Gesprächen knapp ein Viertel (23 %) der jungen Menschen nicht in der Lage, sich aktiv zu beteiligen.



Wir fordern, dass politische Themen in Schulen, Universitäten und im Netz umfangreich vermittelt werden – verständlich, praxisnah und barrierefrei. Das bedeutet konkret:

- Politiker:innen müssen Politik so erklären, dass alle Menschen sie verstehen, mitreden und mitgestalten können.
- Wir fordern, dass Politiker:innen den persönlichen Kontakt zu jungen Menschen aktiv suchen, z. B. durch Gesprächsrunden in der Schule.
- Aktuelle gesellschaftspolitische Themen müssen im Schulunterricht jugendgerecht thematisiert werden.
- In der Aus- und Fortbildung müssen Lehrkräfte über die rechtlichen Grundlagen und die Bedeutung des Neutralitätsgebotes aufgeklärt werden: Lehrkräfte sind dazu verpflichtet, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv einzutreten. Zudem müssen sie auf die pädagogische Vermittlung kontroverser politischer Themen vorbereitet werden.

Das Bildungssystem reformieren

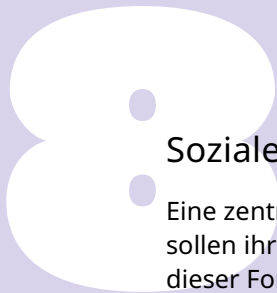
Das Bildungssystem soll so gestaltet werden, dass es junge Menschen auf die Zukunft vorbereitet. Konkret gibt es große Einigkeit unter den Befragten zu den folgenden Veränderungswünschen: Knapp vier von fünf Befragten sprechen sich für mehr Praxisbezug im Unterricht, modern ausgestattete Schulen sowie eine stärkere Förderung individueller Talente und persönlicher Interessen aus. Die stärkere Förderung

von jungen Menschen aus benachteiligten Verhältnissen wird von 69 % der Befragten befürwortet.



Wir fordern eine umfassende Bildungsreform. Schulen müssen praxisnah, digital und modern werden, sie sollen Orte sein, an denen Kinder und Jugendliche sich wohlfühlen:

- Orte, an denen die Stärken der Schüler:innen individuell gefördert werden.
- Orte, an denen Beteiligung im Alltag gelebt wird.
- Orte, an denen Chancengerechtigkeit eine Grundbedingung ist, dazu gehört u. a. kostenloses Essen, die Kostenübernahme von Schul- und Lernmaterial sowie kostenlose Angebote im Ganztage.
- Orte, die uns auf die Zukunft vorbereiten – z. B. indem Medienkompetenz, praktische Alltagskompetenzen, politische Bildung sowie finanzielle Bildung vermittelt werden.



Soziale Gerechtigkeit stärken

Eine zentrale Forderung an die Bundesregierung ist: Junge Menschen sollen ihre Zukunft unabhängig von ihrer Herkunft gestalten können – dieser Forderung stimmen über drei Viertel der Befragten zu (76 %).

Die Befragung zeigt, dass junge Menschen häufig zu wenig finanzielle Sicherheit haben. Knapp die Hälfte der jungen Menschen (47 %) hat das Gefühl, dass sie ihre Familie finanziell unterstützen müssen. Besonders ausgeprägt ist das Gefühl bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund (57 %) und ohne (angehendes) (Fach-) Abitur (51 %).

Über drei Viertel der befragten jungen Menschen fordern mehr soziale Gerechtigkeit. Für sie bedeutet das vor allem, dass Wohnraum auch für Geringverdienende bezahlbar sein muss. Zudem wünschen sie sich, dass Frauen und Männer für die gleiche Arbeit gleich bezahlt werden. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Aufwertung sozialer Berufe: Diese sollten besser vergütet und insgesamt attraktiver gestaltet werden.



Wir fordern, Kindern und Jugendlichen ökonomischen Druck zu nehmen und Maßnahmen gegen Armut umzusetzen. Alle jungen Menschen sollen – unabhängig von Herkunft oder Einkommen ihrer Eltern – ihre Zukunft frei gestalten können. Dafür braucht es:

- bezahlbaren Wohnraum,
- gerechte Löhne, insbesondere eine bessere Bezahlung sozialer Berufe,
- eine ausreichende Kindergrundsicherung,
- eine grundlegende BAföG-Reform,
- eine angemessene Bezahlung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), damit alle jungen Menschen die Möglichkeit zum FSJ haben,
- ein langfristig gesichertes und für alle jungen Menschen erschwingliches Deutschlandticket, um die Mobilität junger Menschen zu sichern.

Gemeinsam Verantwortung tragen

Die Debatte um die allgemeine Pflicht zum Wehr- oder Sozialdienst hat 2025 Fahrt aufgenommen. Auch wenn aktuell keine Verpflichtung zum Wehrdienst besteht, gibt es Bestrebungen der Bundesregierung, mehr junge Menschen für den Wehrdienst zu akquirieren. Junge Menschen wurden zu dem Thema bislang nicht eingebunden. Der Aussage „Der Wehr- oder Sozialdienst soll für junge Frauen und Männer Pflicht werden“ stimmen 36 % der Befragten ziemlich oder voll und ganz zu. Auf der anderen Seite stimmen dem 39 % wenig oder gar nicht zu.

Ein ähnlich geteiltes Bild gibt es in Bezug auf die Rechtfertigung hoher Schulden aufgrund militärischer Aufrüstung. Der Aussage „Es ist richtig, dass Deutschland hohe Schulden aufnimmt, um militärisch aufzurüsten“ stimmen 37 % der Befragten ziemlich oder voll und ganz zu, aber auch 32 % wenig oder gar nicht zu. Der Aufbau von Schulden bedeutet für die kommenden Generationen eine Lastenübernahme.



Wir fordern: Keine Entscheidungen über Wehr- oder Sozialdienstpflicht und die Verteilung des Sondervermögens ohne die Mitsprache junger Menschen.

Nur durch Mitbestimmung junger Menschen kann Generationengerechtigkeit gewährleistet werden. Gesellschaftliche Herausforderungen müssen generationenübergreifend gelöst werden. Es gilt, Verantwortung gemeinsam zu tragen.

Positive Zukunftsbilder gestalten

Junge Menschen blicken unterschiedlich in die Zukunft. Vier von zehn jungen Menschen haben Vertrauen, dass wir gemeinsam als Gesellschaft eine lebenswerte Zukunft schaffen können. Doch wer blickt positiv in die Zukunft und wer nicht? Ob junge Menschen Vertrauen in eine lebenswerte Zukunft haben, hängt von persönlichen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, finanzieller Lage und der Frage ab, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.



Wir fordern von der Politik, ein positives und realistisches Zukunftsbild gemeinsam mit jungen Menschen zu gestalten.

Unsere Gesellschaft braucht mehr Aktion statt Reaktion! Wir wollen nicht abwarten, wie es weitergeht, sondern die Zukunft aktiv gestalten.

Wir fordern klare Perspektiven und mutige Visionen für Klima, Bildung und soziale Gerechtigkeit – damit alle, unabhängig von Herkunft oder Einkommen, zuversichtlich in die Zukunft blicken können.

VoiceUp! ist eine Initiative der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und wird gefördert von der Soziallotterie freiheit+.

DKJS
Deutsche Kinder-
und Jugendstiftung

freiheit+

Alle Informationen finden Sie hier: www.voiceup-dkjs.de